

AUSZUG
STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der 25. Sitzung der
XX. Gesetzgebungsperiode
des
Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 26. April 2012

Tagesordnung

1. *Fragestunde*

2. *Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über das Inverkehrbringen von Kleinf Feuerungen und die Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken*

3.

.

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 474), mit dem der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über das Inverkehrbringen von Kleinf Feuerungen und die Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken zugestimmt wird (Zahl 20 - 298) (Beilage 480)

Berichterstatter: Robert H e r g o v i c h (S. 2987)

Redner: Mag. Werner G r a d w o h l (S. 2987), Landesrätin Verena D u n s t (S. 2988), Ingrid S a l a m o n (S. 2989 u. S. 2992) und Christian S a g a r t z , BA (S. 2991)

Annahme des Beschlussantrages (S. 2933)

Punkt 2: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 474), mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über das Inverkehrbringen von Kleinf Feuerungen und die Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken zugestimmt wird (Zahl 20 – 298) (Beilage 480)

Präsident Gerhard Steier: Wir kommen zum Aufruf des 2. Punktes der Tagesordnung. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Robert Hergovich um seinen Bericht, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 474, mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über das Inverkehrbringen von Kleinf Feuerungen und die Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken zugestimmt wird, Zahl 20 - 298, Beilage 480.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Herr Abgeordneter, Sie sind als Berichterstatter am Wort.

Berichterstatter Robert Hergovich: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über das Inverkehrbringen von Kleinf Feuerungen und die Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken zugestimmt wird, in ihrer 18. gemeinsamen Sitzung am Donnerstag, dem 12. April 2012, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über das Inverkehrbringen von Kleinf Feuerungen und die Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken wird gemäß Artikel 81 Abs. 2 LVG zugestimmt.

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter, als Berichterstatter. Ich darf als Erstem dem Herrn Abgeordneten Mag. Gradwohl das Wort erteilen.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Mag. Werner Gradwohl (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier im Landtag vor kurzem über die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden diskutiert und darüber auch abgestimmt.

Im gegenständlichen Fall, der uns hier vorliegt im Hohen Haus, handelt es sich ebenfalls um eine Vorgabe der Europäischen Union für alle Mitgliedstaaten, aber auch der Türkei, gleiche Normen für die Luftgüte zu erreichen.

Dass derartige Maßnahmen, seien es auf der einen Seite Emissionsgrenzen für Feuerungsanlagen festzusetzen oder andererseits Kontrollmechanismen zu definieren, sinnvoll und notwendig sind, möchte ich als Umweltsprecher meiner Partei voll unterstreichen. Und zwar im Sinne der Gesundheit unserer Bevölkerung, unserer Menschen, nicht nur im Burgenland, sondern darüber hinaus in ganz Österreich ist das ein wichtiges Anliegen. Daher eine 15a-Vereinbarung zwischen allen Bundesländern Österreichs.

Dass diese vorliegende 15a-Vereinbarung das Ergebnis noch dazu der Arbeit einer Länderexpertenkonferenz unter Teilnahme von einschlägigen Branchenvertretern ist, zeigt darüber hinaus, dass der Föderalismus-Mechanismus, wie ich ihn nennen möchte, in Österreich auch bei Themen funktioniert, die auf dem ersten Blick nicht im vordersten Fokus der Öffentlichkeit stehen, die aber große und nachhaltige Auswirkungen auf Umwelt, Natur und Mensch sowie auf die Gesundheit haben und damit auch Nachwirkungen und Auswirkungen auf unsere eigene Zukunft bedeuten.

Und wenn es im gegenständlichen Fall jetzt dazu kommt, dass wichtige Kompetenzen der Länder im Bereich der Luftreinhaltung abgegeben werden, geschieht dies aus gutem Grund und zugunsten einer notwendigen gleichen Qualität bundesweit. Wissen wir doch, dass Hausbrand und gewerbliche Heiz- und Feuerungsanlagen einen wesentlichen Anteil am Klimawandel haben.

Ich möchte darauf hinweisen, dass ja im Burgenland die Strategie schon seit längerem, auch von Seiten der Volkspartei initiiert, klar in Richtung Energiemix im Burgenland geht, erneuerbare heimische Ressourcen wie Wind, Biomassen, Solar und Photovoltaik entsprechend zu forcieren.

Ich habe am Anfang dieser Woche mit einigen Kollegen des Landtages auch an der Woche der erneuerbaren Energie in Thüringen, wo wir seit dem Vorjahr eine Partnerschaft, eine Kooperation haben, ein Bundesland ehemals DDR, das also auch kein Atomkraftwerk haben. Man spricht in Deutschland von der Energiewende nach dem Mentoring vom Atomausstieg in der Bundesrepublik Deutschland vor zwei Jahren.

Ich sage dazu, Energiewende ist in Österreich längst eingeleitet auf der Basis erneuerbarer Energien. Im Burgenland sind wir, was den Österreichschnitt betrifft, mit der prognostizierten Stromautarkie im nächsten Jahr 2013 schon sehr, sehr weit fortgeschritten, aber es ist nichts so gut als dass man es nicht noch verbessern könnte.

Und der nächste sinnvolle Schritt meines Erachtens ist eine Dezentralisierung, eine weitgehende Dezentralisierung der Energieproduktion und Bereitstellung derselben und, wie ich meine, die Photovoltaik, die bei uns im Burgenland noch relativ wenig ausgerichtet ist, sollte nicht nur auf den Gebäuden, auf privaten Gebäuden, wo der Bund ja sehr viel investiert, sondern wie man hier so schön sehen kann, dass eine Photovoltaikanlage auf einem öffentlichen Gebäude, auf einer Schule in Arnstadt, also in Thüringen, wo also Photovoltaik Elemente im großen Stil, hier auf öffentlichen Gebäuden auch im Bereich der Bürgerbeteiligung mitfinanziert werden und errichtet worden sind.

Das ist der Weg, den wir hier auch einschlagen wollen, und das ist der Weg, den wir auch für die Biomasse, nämlich Biomasse vor Ort gehen wollen und in diesem Sinne, auch in diesem Sinne werden wir als Volkspartei ja sagen zu einer Qualitätssteigerung und zu einer österreichweiten Luftreinhaltungsvereinbarung, wie sie hier vorgesehen ist.
(Beifall bei der ÖVP)

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter Gradwohl.

Als Nächste von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist die Frau Landesrätin Mag. Verena Dunst. Ich erteile ihr das Wort.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herzlichen Dank für die Akademisierung.

Ich freue mich sehr darüber, dass wir heute diesen Beschluss fassen. 15a ist ja für Sie bekannt, eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern.

Die Voraussetzung ist natürlich, dass alle Bundesländer mittun und es hat in der Vorbereitung dieser Vereinbarung, die gut für die Konsumenten ist, gut für den Umweltschutz ist, aber letztendlich auch vor allem nach dem neuesten Stand der Technik ist, sehr gut, dass das gelungen ist. Zwei Jahre im Hintergrund verhandelt, gut Ding braucht Weile. Heute liegt es dem Burgenländischen Landtag vor.

Was hätte es für einen Vorteil? Sie, Herr Abgeordneter Gradwohl, haben schon gesagt, die Frau Abgeordnete Salamon als Umweltsprecherin unserer Fraktion wird das sicherlich noch bestätigen.

Ja, es ist ein Vorteil, es wird endlich einmal eine Möglichkeit geben, dass alle Emissionsgrundlagen aller Bundesländer gleich sind. Dass es da nicht verschiedene Auffassungen, Parameter, Grundwerte, Höchstgrenzen und so weiter gibt, damit ist Schluss und das ist wichtig.

Zum Zweiten haben wir zurzeit, meine Damen und Herren, ein Riesenproblem. Wir haben das Problem, dass viele Menschen viel zu viel an Energie verbrauchen, weil sie überdimensionierte Anlagen, Heizanlagen haben, die nicht notwendig sind.

Und mit diesen neuen Richtlinien ist es jetzt möglich, nicht nur den Vergleich zu haben, sondern auch eine Überprüfung, damit es gewährleistet ist, dass die nicht Riesengeräte haben, egal ob Brennwert oder andere, die sie gar nicht brauchen für ihr Haus, für ihre Wohnung und so weiter. Letztendlich eine Einsparung und ein Schutz für die Umwelt.

Nur, meine Damen und Herren, ich bin sicher, Sie sind mit mir dabei, dass wir schauen, dass natürlich diese Überprüfung und diese Beratung nicht zu teuer sind. Das wird unsere Aufgabe sein, dass wir darauf schauen. Das wird im Wege der Verordnung gehen und ich bin sicher, wir werden auch diese Lösung so finden, dass es dem Konsumenten nicht so viel kostet.

Nochmal, ein guter Tag für die Umwelt, ein guter Tag für die Konsumenten und ich bedanke mich bei den beiden Umweltsprechern für ihr Mithelfen und ihr Mitwirken. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Frau Landesrätin.

Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ingrid Salamon. Ich erteile ihr das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Unser Burgenland ist eine Ökomodellregion für ganz Europa, das wurde von meinen Vorrednern auch schon festgestellt.

Die Energiewende ist im Burgenland Realität. Schon bald kommen 100 Prozent unseres Stromes aus erneuerbaren Energien, vor allem aus Windkraft.

Und Sie wissen ja alle, am 22. Feber 2012 sind die zwei großen Windräder in Potzneusiedl zum Normalbetrieb übergegangen und sie alleine erzeugen so viel Strom wie die Landeshauptstadt Eisenstadt brauchen würde oder wird.

Windenergie ist derzeit die sinnvollste Alternativenergie, Windenergieanlagen können sehr rasch errichtet werden und haben einen hohen Wirkungsgrad. Das Burgenland ist Österreichs Vorzeigebundesland im Windenergieausbau.

Diese ökologischen Maßnahmen haben aber auch ökonomische Effekte. Die BEWAG investiert bis 2013 insgesamt rund 450 Millionen in Windkraft und Netzausbau.

Ein Teil dieses Geldes bleibt natürlich im Lande und kommt der heimischen Wirtschaft zugute.

Wir hoffen, dass sich andere Länder unseren Weg anschließen. Das Ziel des Landes ist klar: Bis 2013 werden wir so viel Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen wie im Land Burgenland verbraucht wird.

Das Burgenland wird so das Paradeökologieland in Europa. Die BEWAG ist bei diesem Vorhaben unser wichtigster Partner. Energieunabhängigkeit macht natürlich auch Investitionen notwendig, vor allem im Bereich der Forschung und Entwicklung. In der laufenden Förderperiode sind bis zu 50 Millionen Euro, die für Forschung, Entwicklung und Innovation zur Verfügung stehen, hier im Burgenland bereitgestellt. So viel Geld hat es in diesem Bereich noch nie gegeben.

Meine sehr verehrte Damen und Herren! Werte Kollegen! In meiner letzten Landtagsrede habe ich auf die Gefahren der grenznahen Atomkraftwerke in der Slowakei hingewiesen.

Ich möchte das auch heute tun, weil ich glaube, dass es sehr wichtig ist und der Burgenländische Landtag hat sich bereits mehrmals für einen europaweiten Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kernkraft ausgesprochen.

Vor allem die Atomkraftwerke in Grenznähe - eines jeweils in Slowenien, in Ungarn, vier Reaktoren in der Slowakei - stellen für unser Burgenland ein Sicherheitsrisiko dar. Nach den jüngsten Beschlüssen der Bundesregierung, Stichwort Atomstromkennzeichnungspflicht, sind die Weichen gestellt und ein Kampf gegen Atomstrom in Europa zu intensivieren.

In unserem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, dass sich Landesrätin Verena Dunst im Rahmen der Aktion „Atomkraftfreies Burgenland“ schon seit langem gegen den Ausbau von Atomkraftwerken und Atommülllager einsetzt.

Tausende Unterschriften wurden bereits im Feber übergeben, nachdem ein früherer Termin beim Bundesminister aus seiner Sicht her leider nicht möglich war und auch die ÖVP hat zwar etwas für mich spät, aber doch, die Zeichen der Zeit erkannt und macht mit Unterschriftsaktionen und Inseraten gegen Atomkraftwerke mobil.

Ich habe mit Verwunderung diese Einschaltungen am Wochenende in den Zeitungen gelesen und meiner Meinung nach, werte Kollegen der ÖVP, würde ich es für sinnvoller empfinden, sich erstens einmal dieser Plattform, die wir hier im Lande haben, anzuschließen, mitzutragen und diese Energie und Kosten, die sie in diese Inserate bringen, wäre vielleicht sinnvoll beim Bundesminister Berlakovich direkt im persönlichen Gespräch einzufordern, weil immerhin ist er es, der das Land Österreich in der EU vertritt und immerhin ist es der Herr Bundesminister, der sich ständig bitten lässt, bevor er unsere Anliegen weiterträgt, auch wenn Sie mir jetzt nicht zuhören wollen, liebe Abgeordnete der ÖVP, so ist dies die Wahrheit und es wäre sinnvoller, wenn Sie sich bei Ihrem Minister einsetzen würden und es wäre auch gut für unser Land. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, beim Atomstromgipfel am Montag, den 16. April 2012, haben Regierung, Energiewirtschaft und Umweltorganisationen beschlossen, in Zukunft keine als Atomstrom gekennzeichnete elektrische Energie an österreichische Verbraucher und Industrie zu verkaufen.

Es gibt dazu noch die Regelung, die ich auch schon das letzte Mal erklärt habe, ich glaube, auch das ist wichtig für unser Land, ist wichtig für die Bevölkerung und es ist notwendig, dass das alles mit 1.1.2012 in Kraft tritt.

Nun zu unserer heutigen 15a-Vereinbarung, die wir haben. Meine Vorredner haben ja schon gesagt, das Wichtigste, es ist dies das Wichtigste, dass österreichweit die gleichen Bedingungen herrschen.

Ich finde es noch für besonders erwähnenswert, dass über diese 15a-Vereinbarung die Emissionsgrenzwerte und die Abgabenverluste eingehalten werden müssen und weiteres die Überprüfung um Abgabemessungen von Feuerungsanlagen in Blockheizkraftwerken. Es ist wichtig, die Prüfbedingungen und die Prüfberichte bei der Herstellung der Anlagen. Weiters finde ich besonders wichtig, die Datenerfassung, Schaffung der rechtlichen Voraussetzung für eine Erfassung der von den Prüforganen erhobenen Daten.

Das denke ich, ist ganz wichtig und auch die einheitlichen Formulare, die letztendlich für ganz Österreich hier eingeführt werden. Weitere Regelungen treffen natürlich die fachliche Qualifikation der Überprüfungsorgane.

Hier gibt es Ausbildungen und Prüfungsnummern und die Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen. Ich glaube auch, dass das ist ein wichtiger Beschluss für unsere heimische Wirtschaft.

Es hat aber auch natürlich wesentliche Vorteile für den Konsumenten, diese 15a-Vereinbarung, die wir vorliegen haben. Die Regelung bringt auch Vorteile und das ist, wenn nur mehr Heizungsanlagen in der geforderten Qualität und Dimensionierung errichtet werden dürfen, hat der Konsument für mich folgenden Vorteil: Einheitliche Feuerungsanlagen in Österreich bringen wegen großer Stückzahl günstige Preise. Der Konsument erkaufte nur richtige Anlagen, die weniger verbrauchen und spart daher Geld und Energie.

Weiters ist wichtig, die qualitativ hochwertigen modernen Anlagen haben einen höheren Wirkungsgrad, verbrauchen weniger Brennstoff und man spart wieder Energie und Geld.

Die Anlagen werden erstmals und regelmäßig überprüft. Bei der Überprüfung festgestellte Mängel werden saniert. Der Verbrauch und damit die Heizkosten können dadurch gespart werden und der hohe Sicherheitsstandard bleibt gewährt. Und letztendlich ist es auch wichtig für die Feinstaubbelastung im Burgenland.

Also Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese 15a-Vereinbarung wird wieder ein weiterer Schritt sein, auf unsere Umwelt hier im Burgenland und in ganz Österreich zu achten und zu schauen.

Ich kann daher auch natürlich versichern, dass die SPÖ hier diesem Antrag zustimmen wird und noch einmal von mir der Aufruf an die Kollegen, es wäre schön, wenn wir gemeinsam in diesem Land für die Umwelt und für ein atomkraftfreies Österreich marschieren könnten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Frau Abgeordnete Salamon.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Christian Sagartz. Ich erteile ihm das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Sagartz, BA (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ein klares Wort zu einem ausgesprochenen Angebot. Zu einem Aufruf, sich zu beteiligen. Ich kann mich nicht erinnern, dass irgendwann einmal die ÖVP

Burgenland die Unterstützung dieser Kampagne mit Unterschriften an irgendeine parteipolitische Überzeugung gebunden hat, Punkt eins.

Punkt zwei, ich kann mich auch nicht erinnern, dass wir mit einer derartigen Kampagne gerichtet an den Umweltminister, der sich kein einziges Mal meines Wissens nach irgendwann einmal politisch zur Atomkraftpolitik geäußert hätte, die er unterstützen möchte. Also wie soll ich jemanden überzeugen, der schon dieselbe Überzeugung wie ich hat?

Und Punkt drei möchte ich klarstellen, dass selbstverständlich, wenn es in unseren Nachbarländern derartige Vorhaben gibt, das nur auf europäischer Ebene lösbar ist und deshalb sich diese Petition, diese Unterschriften, an den zuständigen EU-Kommissar wenden. Wohlweislich natürlich im Wissen, dass die Energiepolitik eine nationale Politik ist. Aber wenn wir nicht davon überzeugt sind, dass wir auf europäischer Ebene etwas bewegen können, dann wären Sie, Frau Kollegin Salamon und ich, mit der falschen politischen Überzeugung unterwegs.

Deshalb, ich möchte das noch einmal klarstellen, das ist nicht die Zeit für politische „Beleidigungen“, da muss man nicht eine Stunde vor der Pressekonferenz der anderen politischen Fraktion noch schnell seine Überzeugung wiederholen.

Und ich begrüße jede Intervention und jede Unterstützung dieser Kampagne. Wenn die Frau Landesrätin das gerne bereits zwei Jahre vorher gemacht hat, dann freuen wir uns darüber. Wenn sie jetzt die ÖVP-Initiative mitunterstützt, dann freuen wir uns darüber. Und wenn Sie eine Initiative starten, dann werden wir die genauso unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wissen Sie, Frau Kollegin Salamon, wie ich das in der APA gelesen habe, dass eine Stunde vor der ÖVP-Presskonferenz eine eilig einberufene Pressekonferenz der Kollegin Dunst passiert, da habe ich mir nur gedacht, ist wirklich es notwendig, dass man derart kleinkariert agiert? Ich glaube, das haben wir alle nicht notwendig. *(Beifall bei der ÖVP – Zwiegespräche in den Reihen)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter Sagartz.

Damit die Freude allumfassend ist, hat sich nochmal die Frau Abgeordnete Salamon zu Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Werte Kollegen der ÖVP! Ich verstehe jetzt nicht ganz die Wortmeldung Ihres Kollegen Sagartz. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Macht nichts.)* Das atomfreie Burgenland ist ja jetzt bei Gott wirklich nichts Neues. Das hat die Landesrätin vorgestellt, diese Plattform und, *(Abg. Ilse Benkö: Der Landeshauptmann auch schon lange.)* ich glaube, jetzt bin ich am Wort, und wenn Sie mich ausreden lassen, liebe Frau Kollegin, können Sie sich gerne auch melden. *(Abg. Ilse Benkö: Zwischenrufe sind erlaubt, Frau Kollegin.)* Ich halte Sie nicht auf.

Es geht im Prinzip eigentlich wirklich um die Sache, die sehr wichtig ist. *(Abg. Ilse Benkö: Genau!)* Und für mich ist es so, dass so, wie Sie das behaupten, dass das jetzt so abgelaufen ist, kann ja nicht sein, wenn im Feber von der Frau Landesrätin diese Unterschriften überreicht worden sind.

Und ich will auch wirklich gar nicht weiter diskutieren, dann ist es aber wirklich so, dass ich davon überzeugt bin, dass Sie mit Ihrem Minister Berlakovich, der ja wirklich zuständig ist, EU-weit für diese Dinge, natürlich auch gewisse Dinge transportieren können.

Und ich habe heute mit Freude in der Zeitung auch entnommen, heute ist der 26. Tag, wo das Atomunglück in Tschernobyl war, es werden sich sehr viele vielleicht daran erinnern, und es gibt jetzt das erste europäische Volksbegehren, wo man sich sehr wohl gegen Atomstrom ausspricht.

Und das wird es auch bei uns geben. Und ich wollte Ihnen ja nur sagen, dass meiner Meinung nach, und da lade ich auch alle anderen Oppositionsparteien ein, dass es natürlich für mich eine andere Außenwirkung hat, wenn man gemeinsam gegen Atomstrom vorgeht und gemeinsam Unterschriften, was immer auch, nach Wien, nach Europa weiterträgt, nach Brüssel weiterträgt. Und das ist meine Anregung gewesen und darum habe ich das auch erwähnt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Frau Abgeordnete Salamon.

Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Daher darf ich den Herrn Berichterstatter fragen, ob er das Schlusswort wünscht. *(Abg. Robert Hergovich: Ich verzichte!)*

Er verzichtet großartig auf das Schlusswort, daher kommen wir zu Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über das Inverkehrbringen von Kleinf Feuerungen und die Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG mehrheitlich zugestimmt.